“Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen - Rechtlicher und ethischer Rahmen”

Ramak Molavi - iRights Law

Die Regulierung von Innovationen und digitaler Transformation braucht neue Ansätze. Eines der Gesetze mit dem größten Bezug zur Digitalisierung ist die DSGVO. Neun Jahre sind vergangen, seit den ersten Debatten über ein harmonisiertes Datenschutzrecht für Europa bis zum Tag der Wirkungsentfaltung des neuen Rechts. Eine fast zehn Jahre alte Realität ist Gegenstand dieser Normen.

Es gab damals keine Blockchain Technologie, Whatsapp und andere Messenger hatten noch nicht die Kommunikation über SMS ersetzt, die Implementierung algorithmischer Entscheidungen war nicht derart gereift. Die Marktkonzentration auf wenige Tech Firmen hatte noch keinen weiteren Höhepunkt erreicht.

Dennoch zeigt die Einführung des DSGVO die Relevanz von Regulierung. Im Silicon Valley gibt es einen regelrechten Kulturschock seitdem klar ist, dass es Ernst wird mit dem Datenschutz in Europa. Die Abkehr von der Laissez Faire Mentalität und der unkritisch-bewundernden Haltung gegenüber “disruptiver” Innovationen aus dem Valley, die im Kern auf die massenhafte Datenerhebung und deren Mehrfachauswertung beruhen, wurden ungläubig beobachtet.

Ein Sandkorn im Getriebe der steten - auf die bloße Machbarkeit geeichten - technologischen Entwicklung.

Die Bürger wiederum sind verunsichert aufgrund des Flutes an echten und instrumentalisierten Einwilligungs- E-Mails und befassen sich nun bewusster mit dem Thema. Es gibt erste Beschwerden gegen Netzwerke, die Schritt für Schritt für mehr Klarheit sorgen werden.

Es bleiben immer noch viele Fragen unbeantwortet:

Ist der Bürger nun wirklich geschützt vor dem massenweisen Abgreifen und Nutzung ihrer Daten, vor den Folgen der Nutzung dieser Daten durch Algorithmen, vor den Konsequenzen?

Welche Antwort gibt die DSGVO auf Big Data, ohne die es keine neue Geschwindigkeit in der Entwicklung "Künstlicher Intelligenz" gäbe?

Ist das Institut der Einwilligung noch zeitgemäß, wenn das Vorhandensein der dafür erforderlichen Informiertheit und echter Wahlmöglichkeit widerlegt ist?

Wie verhält es sich, mit dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, wenn durch umfassende Sensorik- und Kamera-Erfassung - auch im öffentlichen Raum - der Bürger einer schrittweise Vollüberwachung durch Staat oder Unternehmen ausgesetzt ist?

Wie ist es um die Datensicherheit bestellt, wenn die europäische Kommission zur Stärkung des "freien Datenflusses" ansetzt?

Normgenese braucht Zeit. Der Fortlauf der Digitalisierung lässt keine zu. Es handelt sich dabei um ein Dilemma, das wesentlich mehr Aufmerksamkeit verdient, um Auswege hieraus zu evaluieren.

Um nicht bloß reaktiv und nur die Spitzen der Fehlentwicklung von Digitalisierung zu ergreifen, sondern das gesamte Potenzial eines Rechtssystems auszuschöpfen, um die digitale Transformation positiv gestaltend zu begleiten, braucht es einen multistrategischen Ansatz:

Bürgerzentrisch, iterativ und auf mehreren Ebenen: national, europäisch, international.

Nur eine differenzierte und innovative Regulierung kann ihre positive Lenkungsfunktion in der neuen digitalen Zeit überhaupt erhalten und entfalten.

Ein Maßnahmenpaket ist hierfür unerlässlich:

1. Eine Initiative zum massiven Aufbau von internem Know How bei der Legislative. Nur so kann eine Emanzipation und Unabhängigkeit gegenüber der Wissenshoheit und der damit verknüpften Deutungshoheit weniger Tech Firmen

entstehen und demzufolge Interessenskonflikte vermieden werden. Gerade auch im Hinblick auf e-government Maßnahmen, führt kein Weg daran vorbei.

2. Regulierung muss technologieneutral sein und sich auf die Prinzipien und deren Durchsetzung konzentrieren statt eine bestimmte Art vorzugeben, wie die Prinzipien umzusetzen sind. So können Unternehmen eigene kreative Lösungen entwickeln um bestimmten Anforderungen nachzukommen.
3. Einführung weltweit geltender ethischer Grundsätze, die “by Design” bereits bei der Entwicklung von Technologie beachtet werden müssen.

Gerade beim Fortschritt im Bereich der “Künstlichen Intelligenz”, bzw. von ADM (automated decision making), kann die Anwendung solcher Grundsätze negative Folgen, wie Diskriminierung und etwaige Segregationswirkungen wirkungsvoll eindämmen.

Ethik Regeln sind dazu geeignet, ein weltweit geltendes Minimalmaß an Anforderungen zu formulieren, die trotz der kulturellen Unterschiede in den verschiedenen Ländern und bei den unterschiedlichen Entwicklern von Technologie als Basis dienen. Auch in China, auch in den USA.

Ein Ersatz für sonstige Regulierung sind sie nicht. Technik, die ethische Prinzipien bei der Umsetzung mitbeachtet, kann jedoch einfacher an das jeweilige Recht anknüpfen. Als ethische Regeln kommen in Betracht:

- *Transparenz und Rechenschaftspflicht.*
- *Sicherheit, Zuverlässigkeit und Kontrollierbarkeit der entwickelten Systeme.*
- *Umkehrbarkeit von autonomen, Algorithmen basierten Entscheidungen und Handlungen.*
- *Gleichberechtigung: Implikation von Maßnahmen um einen potentiellen BIAS, also die Voreingenommenheit in Systemen entgegenzuwirken.*
- *Privacy by design auch jenseits des Geltungsbereichs der DSGVO, beispielsweise durch weitgehende Anonymisierungspflichten.*

- *Lückenlose Haftung und Verantwortlichkeit von Entwickler und Hersteller von Systemen.*

4. Eine schnellere Anpassung bereits bestehender Gesetze an neue Realitäten. In den seltensten Fällen sind neue Gesetze erforderlich. Die Prinzipien des Interessenausgleichs und der Grundrechtswahrung samt ihrer Ausgestaltung gelten auch im Digitalen. Es geht also eher darum, Analogien (schneller) zu erkennen und falls notwendig Definitionen anzupassen und den Geltungsbereich eines Gesetzes zu erweitern. Ein gelungenes Beispiel ist die Anpassung des Kartellrechts, das nun auch Märkte dort als eröffnet ansieht, wo Daten die Gegenleistung sind. Eine solche Anpassung muss in Zukunft rascher erfolgen. Hierbei hilft wiederum eine wesentliche erweiterte interne Expertise.
5. Die Regulierung sollte dem Beispiel erfolgreicher Digitalisierungsprojekte folgen und iterativ und schnell werden und sich von dem Anspruch lossagen, dass erlassene Normen auch in zehn Jahren noch funktionieren müssen. Eine solche überzogene Anforderung verlangsamt und ist nicht mehr haltbar. Ein stetes "Evaluieren und Anpassen" sollten Teil einer modernen Regulierung sein, zumindest in Bereichen, wo sich ein solches Vorgehen anbietet.
6. Die Suche nach dem größten Hebel, der wirksamsten Maßnahme.
7. Verstärkt sollten digitale Tools zur Lösung der Durchsetzungskrise des Rechts im digitalen Raums genutzt werden. Die Nutzung von mehr Technologie zur Regulierung von Technologie kann wirkungsvoll sein. Anders als durch das NetzDG vorgesehen, sollte der Rechtsstaat selbst Herr solcher Maßnahmen bleiben.
8. Mehr Sicherheit und Integrität der Systeme.

Ergebnisse der neuen Studie "Technik Radar 2018" der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften im Rahmen von Innovationsforschung und zur Früherkennung von Fehlentwicklungen in der Technologie manifestieren die Bedeutung des Themas Sicherheit und Datenschutz beim positiven Umgang der deutschen Bevölkerung mit der Technologie.

Insgesamt zeigen die empirischen Erhebungen die Ambivalenz in der Nutzung von Digitalisierung: dem Nutzungswillen steht die Erwartungshaltung gegenüber Datenschutz und Sicherheit. Auch wird die Abhängigkeit von Systemen und deren Hersteller als negativ empfunden und als Grund für das Abstandhalten von der Nutzung angegeben.

Skepsis besteht auch hinsichtlich der Nützlichkeit von Digitalisierung. Nur ein Viertel (24,6%) ist der Ansicht, dass Technik mehr Probleme löst, als sie schafft. Nur dort wo die Digitalisierung als Problemlöser und als tatsächliche Verbesserung empfunden wird, wird sie angenommen.

Insofern befremdet der Satz „Was digitalisiert werden kann, muss digitalisiert werden,„. Eine solch dogmatische Handlungsmaxime, losgelöst von der Frage der Nützlichkeit lässt sich schwer einordnen. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie kann nur der Weg, nicht das Ziel sein.

Die zurecht ambivalente Haltung der Bürger birgt das Potential den Erfolg einer positiven und nachhaltigen Digitalisierung zu hemmen. Mit den dargelegten Maßnahmen und einer strategischen Vorgehensweise kann die Herausforderung gelingen, eine bürgerzentrische, nachhaltige und somit von breiter Akzeptanz getragene digitale Transformation gelingen zu lassen.

r.molavi@irights-law.de